

Wir demokratischen Wunderkinder

Autor(en): **AbisZ [Zacher, Alfred]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **99 (1973)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-511499>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir demokratischen Wunderkinder

Wenn einer eine Reise tut – insbesondere in politisch bewegten Zeiten vor einer Wahl –, dann kann er was erzählen, auch wenn die Reise nicht weiter geht als über eine Rheinbrücke in eine badische Kreisstadt. Wer dort Verwandte und Bekannte hat, die ihn mitnehmen, steckt bald bis über die Ohren in politischen Diskussionen, sei's in Wohnungen oder am Stammtisch. Man könnte als Helvetier neidisch werden, spielen sich doch bei uns Wahlkämpfe fast ausschließlich in den Massenmedien ab, kaum mehr zwischen «einfachen» Bürgern.

In der Nachbarstadt gab's sogar innerhalb der Parteien politische Diskussionen. Etwa, ob der Lokalmatador – einst ein sehr hoher Politiker – nicht besser einem jüngeren Manne Platz gemacht hätte, da er als Schönredner auf die Jungen eher komisch wirke und sie Willy Brandt zutriebe. In der andern Partei fragte man sich, ob es fair sei, wenn Gewerkschafter versuchten, die Kandidaten noch schnell vor dem Wahltag auf ein Ja zu generellen Lohnerhöhungen einzuschwören. Und da wie dort überlegte man, ob man nicht unter der Hand seine «Zweitstimme der Drittpartei» geben sollte, um dem Gegner mit Sicherheit das absolute Mehr zu versalzen.

Offenbar wußte der deutsche Wähler über den Wahlmodus bestens Bescheid und war sich bewußt, welches Dynamit er in der Hand hielt, wenn er seine beiden Kreuze auf den Wahlzettel setzte. «Das muß man sich gut überlegen, Herr Nachbar!» sagte einer am Stammtisch zu mir. «Das muß nämlich für vier Jahre halten.» – Wie? Nachbar? Trotz der Landesgrenze mitten im Rhein? «Nun ja, sind wir denn nicht beidseits des Stroms Alemannen?»

Ja, das sind wir. Und was noch viel schöner ist: Heute sind wir beidseits – Gott sei Dank! – auch Demokraten. Stellt sich die Frage:

Sind wir noch immer die Musterdemokraten der Welt?

Auch darauf kamen wir zu reden. Mein Begleiter belehrte die badischen Kreisstädter: Eine echt-demokratische Wahl würde bedingen, daß man, wie in der Schweiz, einen mißliebigen Kandidaten streichen könnte, einen sympathischen kumulieren oder gar eine gemischte Liste abgeben. Diese Kritik zog nicht recht: Man sei es seit hunderten Jahren gewohnt, daß Reichs-

und jetzt Bundestagswahlen Parteiwahlen seien. Das komplizierte Ausleseverfahren möge ja angehen in einem kleinen Land, aber... – Nein, man fühle sich in seinen Bürgerrechten nicht beschränkt. Mein musterdemokratischer Begleiter gab sich noch nicht geschlagen: Zu einer wahren Demokratie gehöre auch, daß sich das Volk zu Gesetzen und Sachfragen äußern könne. – Ach, sagte ein «Nachbar», eigentlich habe man an Plebiszite keine guten Erinnerungen. Und ob de Gaulles «neues» Frankreich eine bessere Demokratie sei, weil man das Volk zum Plebiszit aufrufen könne? – Mein Begleiter: Bei uns sei das eben ganz anders. Der Schweizer Bürger habe halt eine jahrhundertalte Tradition. – Das sei ja schön, sagte man ihm. Aber für jeden einzelnen Wähler könne die Tradition höchstens die Zahl seiner Jahre minus zwanzig ausmachen. Und wie denn das sei mit den Sachfragen? Ob er wirklich völlig «durchgucke» beim EWG-Vertrag, über den er zu entscheiden habe? Es wurden einige Detailfragen gestellt, die unseren Superdemokraten in die Enge trieben. «Ich bin nicht über alle Details im Bild», gab er schließlich zu, «aber die Hauptsache ist doch, ob man seiner Regierung vertrauen kann oder nicht.» – «Da haben Sie recht, Herr Nachbar. Im Grunde wählen wir ja nicht nur den Bundestag, sondern gleich auch den Kanzler und seine Regierungsmannschaft. Enttäuschen uns die während der Amtsperiode, so wählen wir sie in vier Jahren nicht wieder. Können Sie in der Schweiz Ihre Regierung auch vom Sessel wischen?» Da wurde mein Begleiter etwas weniger laut.

Sind wir überfordert?

Geben wir's doch zu: manchmal schon. Die Sache mit der EWG war gewiß für viele in ihren Konsequenzen undurchsichtig. Man stimmte zu, weil man den Bundesrat im ganzen, einzelne seiner Mitglieder sogar als besonders vertrauenswürdig einschätzte. Und andere Sachfragen? Etwa die Konjunkturpolitik, die seit Kriegsende auf falschen Prognosen der Fachleute falsche Programme aufbaute? Oder das verketzerte Bodenrecht, ohne das jede Landesplanung in der Luft hängt? Oder Riesenkredite für den in mehr als einer Hinsicht risikoreichen Prestige-Luftverkehr? Und...? und...? Ob wir da wirklich immer «durchgucken»? – Eigentlich dürfte man solche

Fragen gar nicht stellen, denn es gilt als höchst unfein, einer Heiligen Kuh den Schwanz hochzuheben. Und die umfassende Weisheit des Souveräns ist so eine.

Trotzdem sei die Schlußfrage gestattet: Wir werden ja nie eine Wahlbeteiligung von 91,2 Prozent erreichen wie unsere nördlichen Nachbarn. Bei uns sind's, wenn's hoch kommt, im Durchschnitt um die 50 Prozent. Sind nun jene restlichen 50 und mehr Prozent, die an ihrem Sachverstand zweifeln und bei komplizierten Abstimmungen zu Hause bleiben, schlechtere Bürger als jene, die ohne viel Nachdenken Parolen folgen? Sind

nur sie wirklich eine Gefahr für unsere direkte Demokratie?

Allerdings: Wovon würden gewisse Leitartikel-Kassandren journalistisch leben können, wenn nicht vom traditionellen Geklöne über die schlechte Stimmbeteiligung als «Symptom demokratischen Niedergangs»?

Konsequenztraining

Der gute alte Klebstoff in Tuben ist offenbar zum Aussterben verurteilt. Weil es jetzt den «besseren» Klebstoff in «praktischeren» Stiften zu saftigerem Preis gibt...
Boris



«... irgendwie war mir die Zeit ohne automatische Radar-Tempouberwachung lieber – man wurde hie und da «Schafskopf» tituliert und konnte sich mit Politikern und Fernsehchaffenden solidarisch fühlen...»